

Europa vor dem Ersten Weltkrieg

Wie unterschied sich die Außenpolitik Deutschlands in der Bismarck-Ära und in der Wilhelminischen Zeit ?

Unter Kaiser Wilhelm II. strebte das Kaiserreich nach "Weltgeltung". Sein übertriebener Flottenausbau und die expansive Kolonialpolitik waren eine deutliche Abkehr von den bisherigen Maximen deutscher Politik. Der **Rückversicherungsvertrag** zwischen dem Deutschen Reich und Rußland, der einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Rußland verhindern sollte, wurde nach der Entlassung Bismarcks nicht erneuert. Wilhelm II. lehnte den Wunsch der russischen Regierung nach seiner Verlängerung 1890 ab. Die bislang ungewohnt brüske Form der Ablehnung verstärkte in Rußland die antideutsche Stimmung.

Auch der unter dem jungen Kaiser mit England abgeschlossene **Helgoland-Sansibar-Vertrag** war im Zusammenhang mit dem Flottenausbau wichtig. Im Austausch gegen koloniale Besitzungen erhielt das Deutsche Reich mit Helgoland ein Bollwerk vor der Elbmündung und dem westlichen Ausgang des in Bau befindlichen **Nord-Ostsee-Kanals**. Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags sowie ein von deutscher Seite begonnener Zollkrieg gegen Rußland führten nahezu zwangsläufig zur Annäherung des Zarenreichs an das republikanische Frankreich. Die zwischen beiden Staaten 1893 vereinbarte Militärkonvention beendete die politische Isolierung Frankreichs, das sich nie mit der deutschen Annexion von Elsaß-Lothringen abgefunden hatte. Den nun möglich gewordenen Zweifrontenkrieg betrachtete man in Deutschland als ein eher militärstrategisches Problem. So entstand 1905 der sog. **Schlieffenplan**, der nach dem Chef des Generalstabes der Armee des Deutschen Reichs benannt wurde. Schlieffens Plan sah eine schnelle deutsche Mobilmachung vor und rechnete mit einer wesentlich längeren Mobilmachungszeit in Russland. Zwischenzeitlich sollte Frankreich durch die neutralen Staaten Belgien und Niederlande angegriffen werden (was fast unweigerlich auch Großbritannien auf den Plan rufen musste) und in einer schnellen Zangenbewegung über Paris nach Südosten niedergezwungen werden. Im Südosten gab es an der deutsch-französischen Grenze starke französische Verteidigungslinien, die von beiden Seiten in die Zange genommen werden sollten. Für den notwendigen Transport der Truppen wurden in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine ganze Reihe strategischer Eisenbahnen gebaut.

Einer stärkeren Annäherung des Deutschen Reichs an Großbritannien standen neben den kolonialpolitischen Reibereien vor allem die deutsche Flottenrüstung sowie die sprunghafte und oft von theatralischem Donnergrollen begleitete Politik Wilhelms II. im Wege. So beglückwünschte der Kaiser in seiner "**Krüger-Depesche**" 1896 den Präsidenten der Republik Transvaal dazu, daß er "die Unabhängigkeit seines Landes gegen einen Angriff von außen", also gegen den Einfalls bewaffneter britischer Siedler, bewahrt habe. Da nach britischem Verständnis Transvaal zum Empire zählte, verschlechterte diese Einmischung die deutsch-englischen Beziehungen erheblich. Das undiplomatisch provokante Auftreten des Kaisers gegenüber England beruhte nicht zuletzt auf der Annahme, das Inselreich müsse wegen seines unüberbrückbaren kolonialpolitischen Konflikts mit Rußland und Frankreich von sich aus ein Bündnis mit dem Deutschen Reich suchen. Schon im Juli 1893 – im Konflikt um Siam (Burma – [u]), der friedlich beigelegt werden konnte, ging diese Kalkulation der Deutschen nicht auf. Diese Auffassung, Britanniens und Frankreichs Interessenkonflikt ist unvermeidbar, schien sich zu bestätigen, als eine britische und eine französische Sudan-Expedition 1898 bei Faschoda aufeinanderstießen. Doch angesichts der Möglichkeit eines

kriegerischen Konflikts gab Frankreich überraschend nach. Da die gleichzeitigen Bemühungen Großbritanniens um ein Bündnis mit Deutschland scheiterten, war der Weg für eine britisch-französische Annäherung geebnet. **1904 schlossen beide Staaten die "Entente cordiale"**. Drei Jahre später wurde die "Entente cordiale" durch den russisch-britischen Interessensausgleich zur Tripelentente erweitert. In Deutschland fühlte man sich nun von feindlichen Mächten "eingekreist" und sah den Hauptschuldigen dafür in Großbritannien.

Eine Machtdemonstration Deutschlands in China im Jahre 1900 provozierte andere Staaten und half antideutsche Bündnisse zu schließen. 1898 **Kiautschou** /dziadzou/ war ein deutsches Pachtgebiet an der Südküste der Halbinsel Schantung (gegenüber Soul), wo Kohle gefördert und die Eisenbahn gebaut werden sollte. In China entstand ein christen- und fremdenfeindliche Geheimbund „Tatauhuei, *die mit der Faust Kämpfenden*“, der gegen Gebietsabtretungen an europäische Mächte mit Belagerung des Pekinger Gesandtschaftsviertels und der Ermordung des dt. Gesandten Freiherrn von Ketteler protestierte und den Boxeraufstand auslöste. Ein internationales Expeditionskorps unter deutscher Führung, an dem auch Japan und die USA teilnahmen, sollten die Aufständischen exemplarisch bestrafen. Der Kaiser rief die Soldaten des deutschen Expeditionskorps, gegen die Aufständischen rücksichtslos vorzugehen, wie einst die Hunnen: *Kommt ihr an, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht.*

Die Liste von Leichtfertigkeiten und Versäumnissen der deutschen Außenpolitik nach 1890 ist lang. Sie reicht von der unnachgiebigen Haltung des Kaisers gegenüber allen Ansätzen zu Rüstungsbeschränkungen bis zur "Kanonenboot-Politik". Insbesondere der 1897 zum Staatssekretär im Reichsmarineamt berufene **Admiral Alfred von Tirpitz** trug zur Verschlechterung der deutsch-britischen Beziehungen bei. Begleitet von der massiv antibritischen Propaganda des **Deutschen Flottenvereins** und des Alldeutschen Verbands setzte Tirpitz - mit Unterstützung des Kaisers - alles auf den Ausbau der deutschen Kriegsflotte, um jedem Gegner auf den Weltmeeren Paroli bieten zu können. Am starren Festhalten des geplanten Ausbaus der deutschen Flotte scheiterten alle Bemühungen Großbritanniens, die Frage der Rüstungsbegrenzung 1907 auf die Tagesordnung der Zweiten Haager Friedenskonferenz zu bringen. So setzte sich der kostspielige Rüstungswettlauf fort, der mit der Bewilligung enormer Ausgaben durch den Reichstag für den Bau von **Großkampfschiffen der Dreadnought-Klasse 1906** begonnen hatte. Ein letzter Verständigungsversuch Großbritanniens scheiterte 1912, als dem kompromißbereiten Kriegsminister Lord Richard Haldane deutlich gemacht wurde, daß der Kaiser es strikt ablehne, über "seine Flotte" überhaupt zu verhandeln. Diesem Konfrontationskurs bei der Flottenrüstung stand ein naives Werben des Kaisers um Großbritannien als Partner gegenüber:

Anlässlich seines privaten Urlaubs in England im Oktober 1908 gab der Kaiser der britischen Zeitung **The Daily Telegraph** ein Interview. Er behauptete dabei, England werde noch eines Tages froh sein, sich bei seinen Unternehmungen in Ostasien auf die Hilfe der deutschen Flote stützen zu können. Im Burenkrieg habe er für seine Großmutter Königin Viktoria einen Feldzugsplan entworfen, der offensichtlich dem britischen General als Vorlage gedient habe. Seine Äußerungen fügten der deutschen Politik schweren Schaden zu. In einer Reichstagsdebatte darüber verlangten auch die Konservativen das Ende des „persönlichen Regiments“ des Kaisers. Eine von der SPD und den Freisinnigen angestrebte Verfassungsänderung misslang jedoch.

Ihre Fortsetzung fand die Politik diplomatischer Ungeschicklichkeiten und theatralischer Drohgebärden in den **Marokkokrisen 1905 und 1911**. 1904 begann Frankreich mit der Durchsetzung seiner Pläne auf die wirtschaftliche Einbeziehung Marokkos in seine

Machosphäre. Deutschland sah dadurch seine wirtschaftlichen Interessen in Marokko bedroht. Der Besuch des Kaisers in Tanger am 31. März 1905 sollte die Souveränität des Sultans vom Marokko unterstreichen. Die Verstärkung des französischen Einflusses geschah im stillen Einverständnis mit Spanien, Italien und Großbritannien, das wieder freie Hand für seine Politik in Ägypten brauchte. Die Kalkulation der Deutschen, durch seine Proteste gegen die Verletzung des freien Handels internationale Sympathien zu gewinnen, waren falsch. Als die **Algier-Konferenz** über Marokko am **16. Januar 1906** eröffnet wurde, zeigte es sich mit erschreckender Klarheit, dass Deutschland in diplomatischer Hinsicht nur auf die Unterstützung Österreich-Ungarns rechnen konnte. Die übrigen Staaten hielten zu Frankreich: Russland und England, weil sie mehr oder weniger enge Verbündete Frankreichs waren, Spanien, weil es vor allem nichts gegen Großbritannien wagte, und Italien, weil es an seine Interessen in Tripolis dachte. So stieß, der von Berlin aus verfochtene Standpunkt einer möglichst weitgehenden Gleichberechtigung der Staaten nur auf leere Befürwortung, und die Wünsche der Gegenseite gewannen die Oberhand.

Ende Juli 1911 besetzte eine als Handelskarawane getarnte französische Heeresinheit die Festung Kasbah von Agadir, hisste die französische Fahne und erklärte die Besetzung von Agadir. Die Deutschen haben vorher ihr im Kamerun stationiertes Schiff nach Agadir entsandt. Im Hafen von Agadir lag der "Panther" im Zeitraum vom 01.07.1911 bis 20.07.1911 ohne irgendwelche Handlungen an Land zu unternehmen; danach setzte sie seine Heimreise fort und wurde in Danzig generalüberholt. Die Militärische Besetzung Marokkos durch Frankreich und der deutsche Einschüchterungsversuch mit dem Kanonenboot *Panther* haben diplomatische Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöst. Die Deutschen verlangten Gebiete im französischen Kongo für das entgegenkommen in Marokko. Nur ein Teilgebiet als Kompromiss wurde Deutschland zugestanden: das wurde in Deutschland als Niederlage gewertet.

Das Wettrüsten sollte **Haager Friedenskonferenzen** im Jahre 1899 stoppen, an der 26 Staaten teilnahmen. Zur Schlichtung internationaler Konflikte sollte Internationaler Schiedsgerichtshof entstehen. Dieser Plan stieß auf deutschen Widerstand, ebenfalls russische Vorschläge zur Rüstungsbeschränkung wurden von Deutschland abgelehnt. Zustande kam

- Abkommen zur Friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle
- Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs
- erst 1909 in der Londoner Seerechtsdeklaration wurde über die Anwendung der Genfer Konvention vom 22. 8. 1864 auf den Seekrieg entschieden.

Mit seiner wenig kalkulierbaren, sprunghaft durchgeführten "Weltpolitik" hatte sich das Kaiserreich selbst in eine schwierige Außenseiterrolle manövriert. Nur auf das enge Bündnis mit Österreich-Ungarn war am Vorabend des Ersten Weltkriegs noch Verlaß. Daß aber die Nationalitätenkämpfe auf dem Balkan nicht nur für den Vielvölkerstaat, sondern für die gesamte europäische Staatengemeinschaft eine permanente Bedrohung waren, zeigten schon die beiden Balkankriege von 1912 und 1913.

Wer waren Bismarcks Nachfolger im Kanzleramt?

Reichslanzler **Leo von Caprivi**. 1890-1894, vor seiner Ernennung zum RK war er Kommandierender General, bis 1888 Chef der Admiralität, von Bismarck als Reichskanzler vorgeschlagen. Der beste – nach Golo Mann, 502, unschuldig: rein, integer, obwohl politisch unerfahren. Er brachte das Arbeiterschutzgesetz zustande:

- Einschränkung von Frauen- und Kinderarbeit (generelles Verbot der Sonntagsarbeit für Kinder und die Fabrikarbeit der Kinder unter 13 Jahren, Frauen höchstens 11 Stunden täglich, Jugendliche unter 16 Jahren 10 Stunden täglich; Gewerbeberichte, Festlegung von Kündigungsfristen)
- förderte den Außenhandel und Abbau der Schutzzollbestimmungen (der 1893 gegründete *Bund der Landwirte* steuerte natürlich gegen solche Maßnahmen).

Er versöhnte sich also mit den Sozialdemokraten und betrieb eine pro-britische Außenpolitik, beispielhaft gezeigt durch den Sansibar-Vertrag, in dem die Briten Helgoland und den nach ihm benannten Caprivi-Zipfel in Afrika im Austausch gegen die Kontrolle über Sansibar und Teile Betschuanalands an Deutschland übergaben. Mit dieser Politik machte er sich Feinde bei den Kolonialisten, mit seinen Freihandelsabkommen Gegner in den konservativen Landwirtschaftskreisen.

Nach dem Sturz Caprivis wurde **Hohenlohe-Schillingsfürst** am 29. Oktober 1894 dessen Nachfolger als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Es war eine kompromissbereiter bayrischer Politiker, der sich schon nach 1866 für die Eingliederung Bayerns in das Deutsche Reich einsetzte und von 1871 bis 1881 als Abgeordneter der Freikonservativen dem Reichstag angehörte, wo er trotz seines katholischen Glaubens einigen der Kulturkampfgesetzen zustimmte. Von 1885 bis 1894 bemühte sich Hohenlohe-Schillingsfürst vergeblich, als Reichsstatthalter in Elsaß-Lothringen die Bevölkerung der Reichslande für die deutsche Sache zu gewinnen.

Obwohl er das „persönliche Regiment“ Kaiser Wilhelms II. ablehnte, wagte er doch nie eine offene Opposition gegen die kaiserlichen Eingriffe in die Regierungsgeschäfte. Die Kanzlerschaft Hohenlohe-Schillingsfürsts brachte innenpolitisch die Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1896 und eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit der Sozialdemokratie, außenpolitisch den Beginn der imperialistischen deutschen Weltpolitik bei einer versuchten Wiederannäherung an Russland und einer Verschlechterung der Beziehungen zu England. Seit der Ernennung Bülow zum Staatssekretär des Äußeren 1898 galt der greise Kanzler nahezu nur noch als Platzhalter für seinen noch Regierungserfahrungen sammelnden potentiellen Nachfolger; im Oktober 1900 trat der schon länger innerlich resignierte.

Bernhard Heinrich Martin Karl von Bülow (Reichskanzler 1900-1909) war ein erfahrener Diplomat, der seine Reformpläne in dem von den Konservativen beherrschten Abgeordnetenhaus nicht durchsetzen konnte. Den Sozialdemokraten war er provokatorisch in seiner Außenpolitik, den Konservativen zu vorsichtig. Für Elsaß-Lothringen brachte er eine Verfassung zustande, welche das Reichsland zur Gleichberechtigung mit den Bundesstaaten erhob. Das Vertrauen des Kaisers verlor er in der 1898 in der Daily-Telegraph-Affäre. Obwohl Wilhelm II. die Druckfahnen seines Interviews Bülow zur Gegenzeichnung vorgelegt hatte, prüfte dieser sie nicht ordnungsgemäß, so dass es zur Veröffentlichung und danach zu einem Sturm der Entrüstung im Reich kam. Der Ruf nach Mäßigung des Kaisers und Beschränkung auf die ihm verfassungsgemäß zukommende Rolle war bis hin in eigentlich kaisertreue Kreise vernehmbar. Für diese nicht unernte Staatskrise machte der Kaiser, der sich zeitweilig mit dem Gedanken an Abdankung trug, Bülow verantwortlich.

Von 1905 bis 1907 übte das Amt des preußischen Ministers des Innern **Theobald Theodor Friedrich Alfred von Bethmann Hollweg** aus. Er wurde von 1909 bis 1917 Reichskanzler,

preußischer Ministerpräsident und Außenminister. Er führte die Amtsgeschäfte während der ersten Jahre des 1. Weltkrieges, wurde aber unter dem Druck der Militärs (speziell Hindenburg und Ludendorff) von Kaiser Wilhelm II. am 13. Juli 1917 aus seinen Ämtern entlassen.

Durch die Einigung über die Bagdadbahn oder ein mittelafrikanisches Kolonialreich sollte das Vertrauen Englands gewonnen werden, um das Blocksystem in Europa aufzulösen. Bis zum Kriegsausbruch hatte Bethmann Hollweg zwar Erfolge, doch der endgültige Durchbruch gelang ihm nicht.

Um eine zukünftigen Hegemonialstellung Russlands in Europa zu verhindern, versuchte er in der Julikrise 1914 einen diplomatischen Erfolg für Österreich-Ungarn zu erreichen. Dabei kalkulierte er von Beginn der Krise den allgemeinen Krieg ein. Sein Plan war es, im Westen einen Defensivkrieg zu führen, in dem England neutral bleiben würden. Daß der Generalstab hierfür keinen Plan mehr hatte, erfuhr er erst unmittelbar vor Kriegsausbruch. Dem Kaiser und dem Generalstabschef Moltke entgegen zu treten, war er zu schwach. Hatte er in den Jahren vor 1914 versucht das Verhältnis zu England zu entspannen, so nahm er jetzt mit seiner Tolerierung der Verletzung der Neutralität Belgiens (Schlieffenplan) den Kriegseintritt Englands auf Seiten Frankreichs und Russlands gegen seine Überzeugung in Kauf.

Alldeutscher Verband

entstand 1891 bzw. 1894. Es war ein völkisch, imperialistisch und antisemitisch orientierter Verein, deren Mitgliederzahl zwar 40.000 nicht überstieg, aber der einen großen Einfluß auf Regierungsmitglieder und die Berater des Kaisers hatte. Als politisches Prinzip vertrat der Alldeutsche Verband das Recht des Stärkeren und von einem extremen Sozialdarwinismus. Im "Kampf ums Dasein" könne sich nur die überlegene, wertvolle "Rasse" durchsetzen. Als minderwertige "Rasse" und als "Wurzel allen Übels" galten vor allem die Juden. Zu einem Haupttheoretiker der Völkischen gehörte im 19. Jahrhundert der österreichische Anthropologe **Guido von List**, der das Hakenkreuz als angebliches "arisches" Symbol in völkischen Verbänden verbreitete.

Hervorgegangen aus Protestbewegungen gegen den ihrer Ansicht nach für das Deutsche Reich ungünstigen "Helgoland-Sansibar-Vertrag" vom 1. Juli 1890 traten die größtenteils aus dem Adel sowie dem gehobenen Besitz- und Bildungsbürgertum kommenden "Alldeutschen" zur Ausweitung deutschen Einflusses und Lebensraums entschieden für eine imperialistische Kolonialpolitik und einen verstärkten Flottenaufbau ein. Zur Durchsetzung deutscher Weltgeltung propagierten sie einen aggressiven Nationalismus und die Förderung des Deutschtums im Ausland.

Im Juli 1894 wurden die Alldeutschen unter Mitwirkung von Alfred Hugenberg und Carl Peters im überparteilichen Alldeutschen Verband zusammengefaßt, der bereits ab 1891 unter dem Namen "Allgemeiner Deutscher Verband" firmierte. In zahlreichen Propagandaschriften und vor allem in den "Alldeutschen Blättern" (1894-1939) forderte der Alldeutsche Verband im Ersten Weltkrieg ein extremes Annexionsprogramm zur Etablierung einer deutschen Hegemonialstellung in Europa, Afrika und dem Nahen Osten.

Am 11. November 1931 schloß er sich der Harzburger Front an und verstärkte seine antirepublikanische Agitation. Im NS-Regime wurde der nunmehr wirkungs- und bedeutungslose Alldeutsche Verband zunächst geduldet und erst im Frühjahr 1939 aufgelöst.

Carl Peters

hatte sich während seines Aufenthaltes bei einem wohlhabenden Onkel in England mit der Kolonialpolitik und ihrer Bedeutung für das britische Weltreich beschäftigt. Er schrieb über das "Das Deutschtum in London" und "Willenswelt und Weltwille".

1884 Er habilitierte er sich in Philosophie, hielt jedoch keine Vorlesungen.

Im März 1884 beteiligt sich Peters in Berlin an der Gründung der "**Gesellschaft für Deutsche Kolonisation**". Das Kolonialunternehmen wird durch den Verkauf von Anteilscheinen zu 5.000 Reichsmark finanziert. Die Gesellschaft ist stark siedlungspolitisch ausgerichtet und zielt auf staatliche Kolonialgründungen. Die Erschließung neuer Rohstoffquellen, Exportmärkte und Auswanderungsgebiete soll das Deutsche Reich wirtschaftlich und politisch stärken.

Gegen Ende des Jahre 1884, noch ohne die Unterstützung der deutschen Regierung, schließt Peters in Afrika mit Stammesoberhäuptern Verträge, mit denen sie für einen minimalen Preis ihr Land im Kerngebiet des späteren Deutsch-Ostafrika (heute: Tansania) verkaufen.

1885 erhielt Peters von Otto von Bismarck den ersten Kaiserlichen Schutzbrief für seine Erwerbungen. Damit verpflichtet sich die deutsche Regierung, das überseeische Gebiet im Falle von in- und ausländischen Konflikten unter seinen militärischen Schutz zu stellen. Zur Flaggenhissung werden deutsche Kriegsschiffe entsandt. Es kommt zur Gründung der "**Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, Carl Peters und Genossen**".

Auf seiner zweiten Reise 1887 schließt Peters mit dem **Sultan von Sansibar** einen Pachtvertrag über den Erwerb der gesamten Küste von der Mündung des Uмба bis zum Kap Delgado. Damit umfaßt das Gebiet mit etwa 900.000 Quadratkilometern fast die doppelte Fläche des Deutschen Reichs. Nach seinem Ausscheiden aus der Kolonialgesellschaft übernimmt Peters die Leitung einer Hilfsexpedition für einen verschollenen Afrikaforscher. Dies verhilft Peters in Deutschland zu außerordentlicher Popularität.

Der deutsche Verzicht auf Uganda im Helgoland-Sansibar-Vertrag zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich machte 1890 sein Ziel eines großen ostafrikanischen Kolonialreichs zunichte.

Aus Protest gegen den Vertrag beteiligt sich Peters zusammen mit Hugenberg an der Gründung des Allgemeinen Deutschen Verbands.

Als Reichskommissar für das Kilimandscharogebiet wirkt Peters in den Jahren 1891-1895 an der deutsch-britischen Grenzregulierung mit. In Deutschland werden gegen Peters Vorwürfe wegen grausamer Behandlung der afrikanischen Bevölkerung laut. Mit seiner Ernennung zum etatmäßigen Reichskommissar des Auswärtigen Amtes erwirbt er Pensionsansprüche.

1895 kommt es zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn als Reichskommissar, in dessen Verlauf über den Vorwurf des Amtsmißbrauchs entschieden werden soll.

Im deutschen Reichstag referiert August Bebel 1896 über Peters' Amtsführung in Afrika. Er wirft Peters die unrechtmäßige Hinrichtung eines Dieners und einer Frau vor. Peters verlegt seinen Wohnsitz nach England. Gemäß dem Urteil im

Disziplinarverfahren wird er **1897** seines Amtes als Reichskommissar enthoben. Das Urteil wird in der Öffentlichkeit von nationalistischen Vereinen und Politikern scharf kritisiert.

Gründung der "Dr. Carl Peters Estates and Exploration Co." (später: South East Africa Ltd.) in London. Die Gesellschaft finanziert die Ausbeutung der Goldlagerstätten Südafrikas. Für seine Gesellschaft unternimmt Peters sechs Reisen nach Angola und Simbabwe. Den Übertritt in den englischen Kolonialdienst lehnt er ab. Durch einen Gnadenakt des Kaisers wird Peters **1905** der Titel "Reichskommissar a.D." zugestanden.

Zu Beginn des I. Weltkrieges beschlagnahmt die englische Regierung große Teile seines Londoner Firmenbesitzes. Peters kehrt mit seiner Frau nach Deutschland zurück.

Wilhelm II. rehabilitiert Peters vollständig. Dieser erhält nun die entsprechende Pensionszahlung.

Alfred Hugenberg

war in den Jahren 1894-1899 Regierungsassessor bei der preußischen Ansiedlungskommission in Posen. Hugenberg versteht seine Arbeit als persönlichen Beitrag im Nationalitätenkampf gegen die Polen. 1900-1903 war Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften in Posen, 1903-1907 Vortragender Rat im preußischen Finanzministerium und 1907/08 Direktor der Berg- und Metallbank in Frankfurt/Main, also wechselte er zur Industrie.

1909-1918 war er Vorsitzender im Direktorium der Friedrich Krupp AG in Essen. Schon im Weltkrieg begann er sein Medium-Imperium aufzubauen:

1916-1920 kaufte er den Scherl-Verlags und die zweitgrößte deutsche Nachrichtenagentur, die Telegraphen-Union. Der sogenannte Hugenberg-Konzern war ein Medienkonglomerat aus Verlag, Nachrichtendiensten, Werbeagenturen, Korrespondenzdiensten, Filmgesellschaften und zahlreichen Zeitungsbeteiligungen wird. Zu Beginn der zwanziger Jahre übt Hugenberg vor allem über seine Nachrichtendienste einen beherrschenden Einfluß auf die rechtsgerichtete Presse aus.

1918 kündigt er bei Krupp und tritt zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bei, seine parteipolitische Aktivität beginnt. 1920-1945 war er Mitglied des Reichstags.

1927 kauft er die Universum Film AG (Ufa) und es gelingt ihm ihre wirtschaftliche Sanierung.

1931 will er mit Bildung der Harzburger Front unter Einschluß der NSDAP die nationalistischen Kräfte gegen das Kabinett Brüning bündeln. Seine Ziele sind hierbei eine republikfeindliche Politik unter Einbindung des Nationalsozialismus.

Lebensraum

Der Begriff stammt von Geopolitiker **Friedrich Ratzel** (1844-1904). Er verbreitete ihn in seinen wissenschaftlichen Werken "Politische Geographie" (1897) und "**Der Lebensraum**" (1901). Wenngleich er Geschichte als "permanenten Kampf um Lebensraum" auffasste, so war seine Lebensraum-Theorie zunächst ohne direkten politischen Gehalt.

Der Terminus Lebensraum wurde in der Publizistik des Alldeutschen Verbands häufig im Zusammenhang mit der Forderung nach ausgreifender deutscher Weltpolitik benutzt.

Ein anderer einflussreicher Geopolitiker

Karl Haushofer (1869-1946)

1903 wurde Haushofer als Lehrer an die bayerische Kriegsakademie berufen.

1908 wird er vom bayerischen Generalstab zum Studium der japanischen Armee abkommandiert. Davor bereist er Indien, Japan, Korea, die Mandschurei und Nordchina.

1910 kehrt er nach Deutschland zurück. Mit seiner Schrift "Dai Nihon, Betrachtungen über Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft" wird Haushofer 1913 an der Universität München promoviert.

Nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er zuletzt als Generalmajor und Brigadekommandeur an der Westfront teilnimmt, reicht er sein Abschiedsgesuch ein und habilitiert sich in München für Geographie. Er lernt Rudolf Heß kennen, der in den folgenden Jahren an seinem Lehrstuhl studiert und mit dem ihn fortan eine enge väterliche Freundschaft verbindet.

1921 trifft Haushofer zum ersten Mal Adolf Hitler, der die "Lebensraum-Theorie" Haushofers in einem rein aggressiven und imperialistischen Sinn umdeutet und für die Expansionspolitik des Nationalsozialismus mißbraucht.

1924 besucht er Heß mehrmals in der Festung Landsberg, wo dieser etwa ein halbes Jahr wegen seiner Teilnahme am Hitler-Putsch inhaftiert ist, und trifft dort auch mit Hitler zusammen. Haushofer gründet die "Zeitschrift für Geopolitik", die nach seinen Worten das "Rüstzeug zum politischen Handeln liefern und Wegweiser im politischen Leben" sein soll.

Nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli wird Haushofer, dessen Sohn in der Widerstandsbewegung aktiv ist und später hingerichtet wird, mit mehreren Familienmitgliedern in das KZ) Dachau verbracht.

Von der ausländischen Presse für die nationalsozialistische Expansionspolitik mitverantwortlich gemacht, nimmt Karl Haushofer sich gemeinsam mit seiner Frau auf dem "Hartschimmelhof" (Bayern) 10. März 1946 das Leben.

Admiral Alfred von Tirpitz

1897 wurde Admiral Alfred von Tirpitz Staatssekretär im Reichsmarineamt.

1898 wurde von ihm der Deutsche Flottenverein mitbegründet.

1900 Das Flottengesetz hatte die Entstehung des Militärbündnisses *Entente cordiale* zur Folge, weil Deutschland angefangen hat, auch Großkampfschiffe der *Dreadnought*-klasse (Abschreckungswaffe – groß, mit schwerer Artillerie bestückt) zu bauen. Für diese superschweren Kriegsschiffe mussten die Deutschen bis 1913 die in den Jahren 1887-1895 gebauten Kaiser Wilhelm-Kanal zwischen der **Kieler Förde** (eine weit ins Flachland eindringende Meeresbucht) und **Brunsbüttel** an der Unterelbe (stromabwärts von Hamburg) erweitern. Der Kanal war 98,6 km lang, 11 Meter Fahrtiefe. An der Weser-Mündung wurde der Kriegshafen Wilhelmshaven – gegenüber dem zivilen Bremerhaven erbaut.

G. Mann, 515: Dtlnd sollte ebenbürtig werden durch Flotte. Max Weber dachte hier wie Tirpitz: *Nur völlige politische Verlogenheit und naiver Optimismus können verkennen, daß das unumgänliche handelspolitische Ausdehnungsstreben aller bürgerlich organisierten Völker, nach einer Zwischenperiode äußerlich friedlichen Konkurrerens, sich jetzt mit Sicherheit dem Zeitpunkt wieder nähert, wo nur die Macht über das Maß des Anteils der Einzelnen an der ökonomischen Beherrschung der Erde und damit über den Erwerbsspielraum ihrer Bevölkerung speziell auch ihrer Arbeiterschaft, entscheidend wird.*

Max Weber (1864-1920), einer der Begründer der Soziologie und Verfasser von *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (1905), sicher ein kluger Kopf, der sonst kritisch zu denken vermochte, konnte sich dem damaligen ideologischen Einfluss der Flottenbegeisterung nicht entziehen. In seinem wissenschaftlichen Werk untersuchte er sonst den Zusammenhang zwischen sozialen und wirtschaftlichen Vorgängen, Gefühlsabläufen und Ideen, behauptete, irrationale Motive könnten Gegenstand von Untersuchungen werden, die einen rationalen Zweck verfolgen. Seine Unterstützung des Flottenausbaus verrät jedoch, dass auch ihm der damals verbreitete sozialdarwinistische Ansatz nicht völlig fremd war. Max Weber beschrieb durchaus positiv den Typ eines "charismatischen Führerr", bei dem es mehr auf Leistungen und Kräfte als auf moralische Rücksichten ankommt.

Deutscher Einfluss in Klein- und Vorderasien

1899 wurde die **Anatolische Eisenbahngesellschaft** gegründet und 1903 mit dem Bau der Bagdad-Bahn begonnen; 1908 unternahm Kaiser Wilhelm eine Orientreise; um internationale Spannungen zu vermindern, die sich daraus erfaben, wurde 1911 ein Abkommen mit Russland über den Anschluß der russischen Bahn in Persien und 1914 mit Großbritannien über den Weiterbau der Bahn von Basra bis zum Golf unter britischer Regie (vom Krieg vereitelte Pläne). Erst 1940 wurde die Bagdad-Bahn fertiggestellt.

Balkankriege

Die Situation auf dem Balkan, wo die Macht des Osmanischen Reiches abbröckelte, galt als ein Kriegsherd.

1912 war das Osmanische Reich durch die Revolution der Jungtürken 1907/1908 sowie den Italienisch-Türkischen Krieg 1912 geschwächt. In dieser Situation ergriffen die Balkanbundstaaten Serbien, Griechenland, Montenegro und Bulgarien die Gelegenheit, um die restlichen verbliebenen osmanischen Provinzen auf dem Balkan zu erobern. Am 8. Oktober 1912 erklärte Montenegro der Türkei den Krieg, die Bündnispartner folgten wenige Tage später. In weniger als zwei Monaten verlor die Türkei fast ihre gesamten europäischen Besitzungen an die Balkanstaaten. Während Griechenland weiterhin Krieg gegen die Türkei führte, schlossen am 3. Dezember Serbien, Montenegro und Bulgarien einen Waffenstillstand mit den Osmanen. Die Friedensbedingungen wurden von der Türkei jedoch als unzumutbar abgelehnt.

Unter Vermittlung der europäischen Großmächte wurde am 30. Mai in London der Londoner Vertrag geschlossen, der den Krieg beendete. Die Türken verzichteten auf alle europäischen Gebiete westlich der Linie zwischen Midia am Schwarzen Meer und Enos an der Ägäisküste, die Insel Kreta kam zu Griechenland. Albanien wurde unabhängig. Die Sieger des Ersten Balkankriegs waren aber vorläufig nicht bereit, den neuen Staat anzuerkennen. Griechenland,

Serbien und Montenegro erhoben Anspruch auf große Teile der albanisch besiedelten Gebiete.

Während der Erste Balkankrieg gegen die Türkei geführt wurde, verbündeten sich die Balkanstaaten im zweiten Balkankrieg gegen Bulgarien.

Unstimmigkeiten bei der Verteilung der eroberten türkischen Gebiete, insbesondere von Makedonien, führten 1913 zum Zweiten Balkankrieg. Am 29. Juni 1913 unternahm ein bulgarischer General ohne Befehl einen Angriff auf Serbien. Am 8. Juli erklärten Serbien und Griechenland gemeinsam Bulgarien den Krieg. Kurz darauf folgten Montenegro und Rumänien sowie auch das Osmanische Reich, das hoffte, dadurch einen Teil seiner im Ersten Balkankrieg verlorenen Gebiete zurückzugewinnen zu können. Angesichts dieser Übermacht blieb Bulgarien nur die Kapitulation. Am 10. August wurde mit dem Frieden von Bukarest ein Friedensabkommen unterzeichnet. Bulgarien musste einen Großteil seiner Gewinne aus dem Ersten Balkankrieg wieder abgeben. Gut 7.500 km² wurden Rumänien zugesprochen. Makedonien wurde fast vollständig unter Griechenland und Serbien aufgeteilt.

Bulgarien hat sich nach dem 1. Balkankrieg ein Teil Mazedoniens und Westthrazien angeeignet, im 2. Balkankrieg musste Bulgarien Dobrudscha an Rumänien abtreten. Serbien gewann in den Balkankriegen ein Teil Mazedoniens (Vardar-Mazedonien) und teilte mit Montenegro Alt-Serbien (einschließlich Kosowos): dadurch konnte Serbien sein Staatsgebiet fast verdoppeln. Also vor allem Mazedonien blieb ein Gebiet, das weder Griechenland, noch Serbien, noch Bulgarien aufgeben wollten. Mazedonien wurde 1878 in San Stefano – bulgarisch, musste jedoch nach dem Berliner Kongress an die Türkei zurückgegeben (mit einer Sonderverwaltung). Das Osmanische Reich will die Region nicht verlieren (sie war strategisch und ökonomisch wichtig – z.B. wegen der Bedeutung der Hafenstadt Saloniki); es fühlt sich obendrein für die Muslime in Makedonien, die wohl Bevölkerungsmehrheit stellen, verantwortlich. Darüber hinaus war Makedonien ein Zentrum der Reformer innerhalb des Osmanischen Reiches (Jungtürken). Es ist kein Zufall, dass Mustafa Kemal (besser bekannt als Atatürk) aus Saloniki, d.h. Makedonien, stammt, wo er auch eine Offiziersschule (in Bitola) absolviert hat.

Mit den Balkankriegen ging eine alte tolerante Welt zugrunde, wie sie vor allem sephardische Flüchtlinge zu schätzen wussten.

Canettis, dessen Familie aus Rustschuk/Ruse stammte, schrieb in seine Autobiographie *Die gerettete Zunge*:

8: An einem Tag konnte man sieben oder acht Sprachen hören. Außer den Bulgaren, die oft vom Lande kamen, gab es noch viele Türken, die ein eigenes Viertel bewohnten, und an dieses angrenzend lag das Viertel der Spaniolen, das unsere. Es gab Griechen, Albanesen, Armenier, Zigeuner. Vom gegenüberliegenden Ufer kamen die Rumänen, meine Amme, an die ich mich aber nicht erinnere, war eine Rumänin. Es gab, vereinzelt, auch Russen. ... die beste Freundin meiner Mutter war Olga, eine Russin.

Mit naiver Überheblichkeit sah man [als Spaniole, also ein sephardischer Jude] auf andere Juden herab, ein Wort, das immer mit Verachtung geladen war, war Todesco: es bedeutete einen deutschen oder aschkenasischen Juden.